

EU-Ratspräsidentschaft II

Zehn Prüfsteine für Irland

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Ende Dezember seine traditionellen zehn grünen Prüfsteine für die neue EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Anhand dieser „10 Green Tests“ will es die umweltpolitische Arbeit der irischen Präsidentschaft bis Ende Juni beurteilen.

Das EEB sieht die Ratspräsidentschaft vor allem bei den großen Debatten und Reformen in der Pflicht. So seien ein Richtungswechsel der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Ökologisierung des EU-Budgets dringend geboten. Außerdem müsse dem Wunsch nach einer neuen EU-Nachhaltigkeitsstrategie Ausdruck verliehen werden. Weitere zentrale Baustellen für die Präsidentschaft im Umweltbereich sind aus Sicht des EEB der Erhalt der europäischen Fischbestände, die Themenbereiche Klimawandel und Energieeffizienz sowie die Annahme eines ambitionierten 7. Umweltaktionsprogramms.

Auch stehen der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Chemikalien, Luftreinhaltung, die adäquate Finanzierung von Natura 2000 sowie Transparenz und Rechenschaft auf der Agenda. Für problematisch hält das EEB die Entwicklung, dass in den letzten Jahren nur die Wirtschaft im Vordergrund stand und Umweltthemen keine Priorität eingeräumt wurde.

Die irische Ratspräsidentschaft selbst sieht eine Einigung mit dem Parlament auf das 7. Umweltaktionsprogramm in erster Lesung als wichtigsten Umweltzweck ihrer sechsmonatigen Amtszeit. Auch will sie Schlussfolgerungen zur neuen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel verabschieden, die die Kommission im März vorlegen will.

Die Umwelträte sind auf den 21. März und 18. Juni datiert, das informelle Umwelt-Ministertreffen findet am 22. und 23. April gemeinsam mit den Energieministern statt. [bv]

- ▶ www.eu2013.ie
- ▶ www.kurzlink.de/prog-irische-ratspr (pdf)
- ▶ www.kurzlink.de/eeb10greentest-irish

Das Spiel mit Emissionsgutschriften in Europa: verspielt?

Viel zu viele Emissionsgutschriften treiben die Preise für CO₂ in den Keller und untergraben die EU-Klimaziele. Daher müssen die Mitgliedstaaten qualitative Einschränkungen fordern, sagt Eva Filzmoser von Carbon Market Watch.

Im November 2012 veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht zum Stand des Europäischen Kohlenstoffmarktes. Demnach ist das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) mit zwei Milliarden Emissionsgutschriften übersorgt. Außer Emissionsgutschriften, die zu Beginn des EU-ETS gratis verteilt wurden, gibt es Emissionsgutschriften von internationalen Klimaprojekten, die Emissionen in Entwicklungsländern durch den sogenannten Mechanismus für saubere Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) reduzieren. Europäische Industrieanlagenbetreiber können etwa die Hälfte ihrer Reduktionsverpflichtungen mit diesen angekauften Emissionsgutschriften begleichen. Laut dem Kommissionsbericht sind CDM-Emissionsgutschriften für drei Viertel des Überschusses verantwortlich.

Dieser Überschuss hat den Preis pro Tonne CO₂ in den Keller getrieben. Um zu verhindern, dass das Emissionshandelssystem unter diesem Druck zusammenbricht, hat die Kommission in dem Bericht sowohl sofortige als auch langfristige strukturelle Maßnahmen vorgeschlagen. Obwohl es im Bericht heißt, ab 2020 den Zugang zu internationalen Zertifikaten ganz abzuschaffen, gibt es keine Überlegungen, den Zugang ab sofort einzuschränken.

Dies ist bedenkenswert, denn der Überschuss von internationalen Emissionsgutschriften senkt nicht nur die Preise, sondern untergräbt auch europäische Klimaziele, wenn die „Echtheit“ der Emissionsminderungen nicht garantiert werden kann. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des sogenannten „High Level Policy Dialogue Panel des Clean Development Mechanism (CDM)“ kommt zu dem Schluss, dass bis 2020 mehr als drei Milliarden Emissionsgutschriften von Projekten stammen werden, die gar keine Emissionen reduzieren. Der Großteil der fragwürdigen Zertifikate stammt von Wasser- und Windkraftwerken, die allein für 1,3 Milliarden Emissionsgutschriften verantwortlich sind.

Der CDM Policy Dialogue-Recherchebericht stellt erhebliche Mängel bei CDM Projekten fest, die aus

Stromerzeugung genug Gewinn erwirtschaften können, um lukrativ zu sein. Außer Wind- und Wasserkraft sind von diesem Problem hauptsächlich Erdgas und Kohleprojekte betroffen. Derartige Projekte werden den Prognosen zufolge über die Hälfte aller Emissionsgutschriften bis 2020 erhalten.

Beim 19. Klimagipfel der Vereinten Nationen in Doha 2012 waren die internationalen Politiker nicht bereit, diese Probleme anzugehen. Im Gegenteil, der CDM-Exekutivrat bestätigte kürzlich die Unterstützung für den Bau von neuen Kohlekraftwerken. Sechs Kohleprojekte wurden bereits registriert und werden in den nächsten 10 Jahren rund 90 Millionen unverdienten Emissionsgutschriften erhalten.

Trotz der Warnungen von anerkannten Wissenschaftlern schweigt die EU-Kommission. Andere Länder, die auch Emissionshandelssysteme einführen, haben schon Maßnahmen ergriffen: Neuseeland kündigte an, Emissionsgutschriften von großen CDM-Wasserkraftwerken nicht in ihrem System zuzulassen und Südkorea hat Emissionsgutschriften bis 2020 ganz ausgeschlossen.

Eine Entscheidung über den Überschuss mit Emissionsgutschriften wird derzeit sowohl in Brüssel als auch in den EU-Mitgliedstaaten diskutiert. Eine Lösung darf nicht nur auf den Überschuss von Emissionsgutschriften gerichtet sein, sondern muss auch die Qualität von Emissionsgutschriften aus Entwicklungsländern kritisch beleuchten. Im Angesicht der politischen Willenslosigkeit auf internationaler Ebene ist es notwendig, dass sich die Mitgliedstaaten zu Wort melden und qualitative Einschränkungen von Emissionsgutschriften fordern, um die ökologische Integrität unserer Klimaziele sicherzustellen.

Eva Filzmoser ist Geschäftsführerin von Carbon Market Watch.

Kontakt:

Tel. +32 (0) 499 21 20 81, E-Mail:

eva.filzmoser@carbonmarketwatch.org, www.carbonmarketwatch.org